

Obdachlos und kriminalisiert

mn. In Ungarn wird das Leben auf der Strasse, die Armut mit Gefängnis bestraft. Eine Busse von mindestens 500 Euro gibt es sowieso. Das ungarische Ministerium für Soziale Angelegenheiten hat kein Konzept für den Schutz der Obdachlosen, es fehlen Plätze, es fehlt eine funktionierende Gesundheitsversorgung. Durch das aktuelle Gesetz wurden NGOs, aber auch staatliche Stellen kalt gestellt, indem ihnen die Bewilligungen entzogen, respektive Gelder gestrichen wurden.

Dem Bezirksbürgermeister Máté Kocsis, (VIII. Budapester Bezirk,) und Parteikommissar für Obdachlosenfragen der Fidesz, sind die Obdachlosen ein Dorn im Auge. Öffentlich sorgt er sich um das Wohl seiner verarmten, auf der Strasse lebenden Mitmenschen. Damit niemand mehr in der Kälte Ungarns erfrieren kann, sorgte er dafür, dass drei neue Obdachlosenasyile eröffnet wurden. Dem voraus gegangen war aber die Kappung öffentlicher Gelder für Hilfsorganisationen, die sich bis anhin um Bedürftige gekümmert hatten. Gelder bekommen nur noch genehme kirchliche Einrichtungen, denn die Christen seien traditionell für die Nächstenliebe zuständig.

Die regierende rechtsnationale Partei Fidesz hat klare Vorstellungen, wie Ungarn funktionieren soll. Da hat es keinen Platz für kriminelle Subjekte, wie Obdachlose. Ihr Anblick verschandelt die Fussgängerzonen, schreckt Einkaufswillige und Touristen ab. Das wird umgesetzt, indem jeder, der herumlungert, mit Busse bestraft wird. Wer diese 500 Euro nicht zahlen kann, kommt sofort ins Gefängnis.

Gemäss dem ungarischen Malteser Hilfsdienst sind mindestens 20'000 Menschen obdachlos. Schlafplätze werden für 9'000 angeboten. Zudem lehnen die meisten Bedürftigen eine Unterbringung in einem staatlichen Heim ab.

Bedenklich finde ich diese Art von Ordnung und Sicherheit als Vorwand für die Beschneidung der persönlichen Freiheit. Für die Jagd auf Menschen, die es bereits schwer im Leben haben. Clever aufgebaut, die Propaganda drumherum. Es wird Hass und Ablehnung auf sozial Schwache geschürt. Sie werden als latente Bedrohung stilisiert. Soziale Kälte wird systematisch aufgebaut. Der brave



Bürger wünscht sich Schutz, der starke Staat hilft. Genauso wie es in der ungarischen Verfassung festgeschrieben steht:

(...) Wir bekennen uns zum Gebot der Hilfe für die Notleidenden und Armen. (...) Kriminalisierung, Verfolgung und Knast sind folglich patente Methoden der Hilfeleistung.

Denn zu glauben, dass so viele Menschen freiwillig ins soziale Elend, in die Obdachlosigkeit gleiten, ist denn doch etwas gar naiv.

Die Obdachlosigkeit heisst, dass Menschen keinen offiziellen Wohnsitz haben und in der Konsequenz im öffentlichen Raum, im Freien oder in Notunterkünften übernachten. Die Pflege von Armen und Obdachlosen wird weltweit mehrheitlich durch kirchliche Stiftungen und karitative Organisationen betrieben.

Doch warum wird heute in unserer Überflussgesellschaft ein Mensch obdachlos? Drückende Schulden, die meist durch hohe Lebenshaltungskosten, kaum bezahlbare Mieten und/oder durch Krankheit, Arbeitslosigkeit, Scheidung ausgelöst wurden. Sie katapultieren Menschen aus der trügerischen sozialen Sicherheit. Drogen, Alkohol und psychische Krankheiten sind meist Folgen von vorhergehendem Druck, der irgendwie gelindert, abgebaut werden will.

In Ungarn kommt dazu, dass nach dem Systemwandel 1990 die Politik und die Gesellschaft nicht auf die vielen Obdachlosen gefasst waren. Die soziale



Fürsorge auf kommunaler Ebene war überfordert. Sie konnten die soziale Grundversorgung nicht mehr gewährleisten. Auch Heime für Pflegefälle, für alte Menschen, für Behinderte stiessen an ihre finanziellen wie auch ihre Kapazitätsgrenzen. Die öffentliche Hand hatte kein Geld dafür.

Theoretisch darf jeder Mensch Sozialhilfe in Anspruch nehmen. In Ungarn wie auch in der Schweiz. Das ungarische So-



zialhilfegesetz von 1993 besagt, dass die Kommunen mit über 30'000 EinwohnerInnen Tagesstrukturen, Wärmestuben, Nachtquartiere und Rehabilitationszentren für Obdachlose und arme Menschen anbieten müssen.

Aber die Bedürfnisse der Obdachlosen, das sind auch Familien mit Kindern und nicht einfach nur der nöhlende Alkoholiker um die Ecke, wurden „vergessen“.

Derzeit fehlt es in Ungarn an Unterkünten für mehrere Zehntausend Menschen. Wenn sich die Wirtschaftskrise verschärft, die Mieten weiter steigen, stehen tausende von Familien, Alleinerziehenden, von SeniorInnen und psychisch kranken Menschen auf der Strasse. Respektive werden eingeknastet? Vorher doch eher in den definitiven Schulden-GAU getrieben.

Obdachlosigkeit ist nicht einfach ein Phänomen charakterlich schwacher Menschen. Sie hat handfeste Gründe. Und krasse Folgen.

Wer auf der Strasse lebt, wer arm ist wird sich zwangsläufig schlecht ernähren, wird die KK-Prämien nicht zahlen, wird Arzt-/Zahnarztbesuche solange wie möglich aufschieben. Die Folge sind (chronische) Krankheiten, Mangelernährung, fehlende Gesundheitsversorgung. Der Zugang zu Hygiene, zu sauberer und jahreszeitlich angepasster Kleidung fehlt. Diese extrem negativen Lebensbedingungen schlagen nicht nur auf den Körper, auch die Psyche wird Schaden (Depression, Psychose, Schizophrenie, Phobie, etc.) nehmen. Solange Geld vorhanden ist, kann dies durch Strassenarbeit, Gassenküchen, mobile Ärzteteams – wie es teilweise in der Schweiz praktiziert wird – ein wenig aufgefangen werden. Aber wenn kein Geld mehr vorhanden ist, bleiben die Menschen sich selber überlassen. Oder geraten in die Fänge der Justiz. Werden kriminalisiert. Und weiter ausgegrenzt.

Noch gefährlicher wird es für diejenigen, die aus Angst vor dem Gesetz ihr Nachtlager in abgelegenen Orten suchen.

Fidesz – Nationalkonservative Partei Ungarns.

Gegründet 1988 von jungen Intellektuellen. Aktiv an Demonstrationen, trug zum Fall des kommunistischen Regimes bei. Ab 1990 politische Tätigkeit im Parlament. 2003 Umbenennung in Fidesz-MPSZ. Positioniert sich rechts-konservativ-wirtschaftsliberal, pro-kirchliche und pro-familiäre Werte. 2010 siegte Fidesz mit 53 % der Stimmen. Ministerpräsident: Viktor Orbán. Autoritarismus und Nationalismus ist in der Rhetorik und Politik von Fidesz sehr stark verankert. Fidesz tritt für ein Gesundheitssystem ein, das für alle ohne Zusatzkosten verfügbar sein soll und wandte sich gegen eine Privatisierung des Gesundheitssektors.

Schwerpunkt der bisherigen Regierungsarbeit ist die Umgestaltung des Beamtenapparates, einhergehend mit zahlreichen Entlassungen, und eine stärkere Kontrolle über den Mediensektor, die aus der Europäischen Union als Gefährdung für Presse- und Meinungsfreiheit kritisiert wurde.

Quelle: Wikipedia